

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Unterrichtung des Sicherheitsrats

Lakhdar Brahimi

Sonderbeauftragter des Generalsekretärs für Afghanistan

Dienstag, 13. November 2001

Herr Präsident, Herr Generalsekretär, verehrte Minister und Vertreter,

ich bin dem Generalsekretär zutiefst dankbar für die Gelegenheit, wieder an der Afghanistan-Frage arbeiten zu können. Wie Ihnen allen bewusst ist, handelt es sich dabei um eine gewaltige Herausforderung. Ich werde jedoch mein Bestes geben, um die Anstrengungen des Generalsekretärs zur Umsetzung der Beschlüsse zu unterstützen, die Sie, die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen im Allgemeinen, und die Mitglieder dieses illustren Organs im Besonderen gefasst haben.

Die Terroranschläge des 11. September auf die Vereinigten Staaten von Amerika führten der Welt erneut die Tatsache vor Augen, dass ein kollabierter und verarmter Staat wie Afghanistan einen Nährboden für bewaffnete Gruppen und Einzelpersonen bietet, die unsagbare Terrorakte im eigenen Land wie auch im Ausland planen und vorbereiten. Die einmütige internationale Reaktion auf diese Anschläge hat als Folge davon neue Bedingungen für internationale Maßnahmen zu Afghanistan geschaffen.

Innerhalb dieses neuen Kontexts habe ich erst vor wenigen Wochen meine Aufgaben zu Afghanistan wieder aufgenommen. Vor meinem ersten Besuch in der Region am 26. Oktober hatte ich zweimal Gelegenheit, die Auffassungen der Mitglieder des Sicherheitsrats zu hören.

Während dieses ersten Besuchs in der Region führte ich intensive Konsultationen mit den Regierungen Irans und Pakistans, und ich spreche beiden Regierungen meinen aufrichtigen Dank für ihre Gastfreundschaft und den herzlichen Empfang aus, den sie mir bereitet haben. Auf dem Weg in die Region machte ich in Riad Station, wo ich mit Außenminister Prinz Saud al-Faisal zusammentraf. Mein Rückweg führte mich über Rom, wo ich den ehemaligen König Afghanistans und den italienischen Außenminister Renato Ruggiero traf, und über Paris, wo mich Präsident Jacques Chirac empfing.

Während meines Aufenthalts in Pakistan und Iran sprach ich mit einem breiten Spektrum afghanischer Gruppen und Einzelpersonen, darunter Frauen, Studenten und Menschen, die noch in Afghanistan leben. In diesen Gesprächen wurde erneut deutlich, wie dringend eine tragfähige und dauerhafte Lösung für die Krise in Afghanistan gefunden werden muss. Unabhängig von ihrem persönlichen Hintergrund und ihren unterschiedlichen individuellen Auffassungen unterstrichen die Afghanen, mit denen ich sprach, immer wieder einen gemeinsamen Punkt: Sie alle verurteilen kategorisch die Terroranschläge auf die Vereinigten Staaten und die Tatsache, dass afghanisches Hoheitsgebiet als Ausgangsbasis für terroristische Handlungen benutzt wurde. Zugleich äußern sie verständlicherweise tiefe Besorgnis über die Auswirkungen der Militäroperationen auf gewöhnliche afghanische Männer, Frauen und Kinder. Sie sind sich einig in der

Überzeugung, dass nur eine rechtmäßige afghanische Regierung, die die Bestrebungen und Interessen des gesamten Volkes Afghanistans vertritt, genügend Entschlossenheit und Legitimität erzeugen kann, um Afghanistan aus dem Würgegriff internationaler terroristischer Gruppen zu befreien. Alle Afghanen, mit denen wir zusammentrafen, waren sich der Herausforderungen bewusst, die mit der Einrichtung einer solchen legitimen Autorität verbunden sind, und begrüßten es daher, dass jetzt die Aufmerksamkeit der Welt auf Afghanistan gerichtet ist, und sie verliehen der Hoffnung Ausdruck, dass das Engagement der internationalen Gemeinschaft anhalten werde, eine dauerhafte Lösung der Afghanistan-Krise zu finden und den Afghanen beim Wiederaufbau des Landes behilflich zu sein.

Herr Präsident,

Iran und Pakistan haben in Afghanistan eine besondere Rolle. Beide Länder sind durch Geografie, Geschichte, Sprache und Religion sowohl miteinander als auch mit Afghanistan eng verbunden. Sie haben darüber hinaus ein legitimes Interesse am Entstehen eines stabilen Afghanistan und unterhalten bis heute Verbindungen zu bestimmten Bewegungen in dem Land. Die Regierungen Irans und Pakistans brachten ihr klares Bekenntnis zu einer politischen Lösung zum Ausdruck, die die Einheit und territoriale Unversehrtheit Afghanistans wahrt und es den Afghanen ermöglicht, eine Regierung auf breiter Grundlage zu wählen, die sowohl im Inland als auch auf internationaler Ebene Legitimität genießt. Die Präsidenten beider Länder, General Pervez Musharraf und Präsident Mohammad Khatami, versicherten mir unmissverständlich, dass sie die Bildung einer stabilen und repräsentativen, allen Afghanen rechenschaftspflichtigen Regierung als in ihrem eigenen nationalen Interesse sehen und es daher begrüßen würden, wenn die Vereinten Nationen im Rahmen des Prozesses der Suche nach einer politischen Lösung eine maßgebliche Rolle spielten. Beide Präsidenten betonten, dass es keine gute Idee wäre, wenn Außenstehende den Afghanen eine Lösung aufzwingen sollten. Beide waren der Auffassung, dass die internationale Gemeinschaft den Afghanen helfen sollte, selbst eine politische Lösung zu finden, da nur eine einheimische Lösung glaubwürdig, legitim und auf Dauer tragfähig sei. Zum Thema Terrorismus betonten beide Präsidenten die Notwendigkeit politischer Lösungen, die verhindern, dass Afghanistan in Zukunft ein Nährboden für Terrorakte ist und als Ausgangsbasis zu ihrer Begehung benutzt wird. Sie verliehen ihrem Bedauern darüber Ausdruck, dass Afghanistan schon allzu lange von Menschen benutzt wird, die keinerlei Interesse am Wohl der afghanischen Nation hätten.

Sowohl Pakistan als auch Iran betonten die Notwendigkeit eines nachhaltigen Engagements der internationalen Gemeinschaft bei der Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für den Wiederaufbau Afghanistans und die Rückführung der afghanischen Flüchtlinge in ihr Heimatland. Beide Regierungen machten deutlich, dass die internationale Gemeinschaft das afghanische Volk nicht wieder wie schon Anfang der neunziger Jahre im Stich lassen darf. Beide Regierungen betrachteten die Drogenherstellung in Afghanistan als Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit.

Ich hatte beabsichtigt, allen Nachbarstaaten Afghanistans einen Besuch abzustatten. Ich musste jedoch meine Konsultationen in der Region vergangene Woche aussetzen, um nach New York zurückzukehren. Grund dafür war, dass ich die Gelegenheit nutzen

wollte, die sich durch die Eröffnung der Generaldebatte der Generalversammlung, die heutige Sitzung des Sicherheitsrats und die Anwesenheit so vieler hochrangiger Vertreter der Mitgliedstaaten bot. Ich hatte geplant, direkt im Anschluss in die Region zurückzukehren, doch wurde, wie ich Ihnen sofort erklären werde, durch die sich rasch ändernden Bedingungen in Afghanistan eine Änderung meiner Pläne notwendig.

Herr Präsident,

gestern führte der Generalsekretär den Vorsitz bei einem Treffen der Sechs-plus-Zwei-Gruppe auf Außenministerebene. Die Gruppe verabschiedete eine Erklärung, in der sie ihre Unterstützung für die Souveränität, politische Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit Afghanistans bekräftigte und ihre fortgesetzte Unterstützung für die Bemühungen des afghanischen Volkes zusicherte, eine politische Lösung für die Afghanistan-Krise zu finden. Die Gruppe bekräftigte ihre übereinstimmende Auffassung, dass in Afghanistan eine auf breiter Grundlage stehende, multiethnische, politisch ausgewogene und frei gewählte afghanische Administration gebildet werden sollte, die die Bestrebungen des afghanischen Volkes vertritt und mit seinen Nachbarn in Frieden lebt. Angesichts der sich rasch ändernden Lage am Boden betonte die Gruppe die Notwendigkeit raschen Handelns.

Ein Konsens zwischen den Nachbarn Afghanistans ist unerlässlich. Ohne einen solchen Konsens wird es für die Afghanen selbst äußerst schwer sein, eine dauerhafte Lösung ohne unangemessene Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten herbeizuführen.

Natürlich können die Nachbarn Afghanistans den Afghanen bei der Herbeiführung der nationalen Aussöhnung und beim Wiederaufbau ihres Landes nicht alleine helfen. Hier wird ein massives politisches wie auch finanzielles Engagement seitens der gesamten internationalen Gemeinschaft zu Gunsten der langfristigen Stabilität Afghanistans notwendig sein. Daher gilt es auch, andere Mechanismen der multilateralen Zusammenarbeit und Koordinierung zu Afghanistan zu stärken. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sollten ernsthafte Überlegungen angestellt werden, wie das reiche Reservoir an qualifizierten Afghanen bei der Planung und Durchführung von Wiederherstellungs- und Wiederaufbauprojekten besser eingesetzt werden kann.

Im Zusammenhang mit Afghanistan haben die Vereinten Nationen über die Jahre neben der Sechs-plus-Zwei-Gruppe mehrere Gruppen interessierter Länder einberufen, darunter die G-21, eine größere Gruppe interessierter Länder, die ebenfalls Einfluss und/oder Interessen in dem Gebiet haben oder die von der Krise in Afghanistan direkt oder indirekt betroffen sind und die entweder direkt oder indirekt zu ihrer Lösung beitragen könnten. Ich teile die Auffassung derjenigen Mitglieder der Gruppe, die der Ansicht sind, dass diese Gruppe reaktiviert und neu belebt werden sollte, und wir haben angeregt, dass sie am Freitag wieder zusammentritt. Die Vereinten Nationen beteiligen sich darüber hinaus an der von Geberländern einberufenen Unterstützungsgruppe für Afghanistan, an der Genfer Initiative zur Unterstützung der Friedensbemühungen, die einen legitimen Machtübergang durch eine Loya Jirga herbeiführen sollen, sowie an anderen Initiativen. Es ist wesentlich, dass alle diese Gruppen – und gegebenenfalls alle sonstigen Gruppen, die bestimmte Mitgliedstaaten aus eigenem Antrieb bilden – eine gemeinsame, konstruktive Position hinsichtlich der politischen Zukunft Afghanistans erarbeiten.

Der Sicherheitsrat wird naturgemäß an vorderster Front dabei sein, wenn es darum geht, einen solchen internationalen Konsens zu schmieden und die erforderliche Entschlossenheit zu gewährleisten, und zwar nicht nur durch die von ihm verabschiedeten Resolutionen, sondern noch mehr durch die Maßnahmen, die seine Mitglieder ergreifen werden.

Herr Präsident,

die Lage am Boden ändert sich rasch, wie wir in den vergangenen Tagen und insbesondere letzte Nacht und heute früh gesehen haben, als die Nordallianz weiteres Gebiet unter ihre Kontrolle gebracht hat und in Kabul einmarschiert ist. Ich habe heute früh dem Stellvertretenden Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, Francesc Vandrell, die Anweisung des Generalsekretärs übermittelt, sich sofort nach Kabul zu begeben, sobald die Sicherheitslage es zulässt. Der Generalsekretär hat auch darum gebeten, dass so schnell wie möglich Sicherheitsbewertungen durchgeführt werden, damit unsere internationalen Mitarbeiter nach Afghanistan zurückkehren können. Für Faizabad wurde bereits zuvor eine solche Bewertung durchgeführt, und Mitarbeiter der Vereinten Nationen werden sich voraussichtlich in ein bis zwei Tagen dorthin begeben.

Auf längere Sicht ändert sich jedoch nichts an den Grundbedingungen, und unsere gemeinsamen Anstrengungen haben nach wie vor das gleiche strategische Ziel, nämlich die Notwendigkeit, dem Volk Afghanistans dabei behilflich zu sein, eine verantwortliche, repräsentative, rechenschaftspflichtige und stabile Regierung mit interner wie auch externer Legitimität zu bilden, die auf die Achtung und Förderung der Rechte aller Männer, Frauen und Kinder des Landes verpflichtet ist, die friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu allen Nachbarstaaten unterhält und die in der Lage ist, dafür zu sorgen, dass Afghanistan nie wieder einen Nährboden oder eine Ausgangsbasis für Terrorismus oder Drogenhandel bietet.

NÄCHSTE SCHRITTE

Politischer Übergang

Herr Präsident,

unter den afghanischen Parteien wie auch auf Ebene der internationalen Gemeinschaft herrscht Einigkeit über das Ziel der Bildung einer auf breiter Grundlage stehenden Regierung, die alle Gruppen in dem Land vertritt, die ihren Bürgern gegenüber rechenschaftspflichtig ist, die freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten unterhält und die interne wie externe Legitimität besitzt. Die Schwierigkeit besteht darin, zwischen den interessierten Parteien eine Einigung über eine Abfolge konkreter Schritte zur Erreichung dieses Ziels herbeizuführen. Die bitteren Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre zeigen, dass jede Lösung sorgfältig strukturiert und auf eigenem Boden gewachsen sein muss, damit sie die Unterstützung aller internen wie auch externen Akteure genießt und damit ihre Durchführung weder von innen noch von außen hintertrieben werden kann.

Die Afghanen selbst haben umfassende Diskussionen darüber geführt, wie diese Ziele verwirklicht werden können. Die Gespräche in Rom zwischen dem ehemaligen König Afghanistans und Vertretern der Vereinigten Front für die Rettung Afghanistans (im Allgemeinen unter dem Namen "Nordallianz" bekannt) haben diese Diskussionen auf eine neue Ebene geführt. Auch in vielen anderen Foren innerhalb und außerhalb Afghanistans finden Gespräche statt, namentlich im Rahmen des zyprischen Prozesses und der Peshawar-Versammlung. In diesen Foren haben Afghanen eine Abfolge von Schritten und Mechanismen zur Einrichtung einer Übergangsverwaltung vorgeschlagen, die den Boden für eine stabile Regierung bereiten soll. Es ist nun an der Zeit, diese bereits bestehenden Initiativen in einem gemeinsamen Rahmen zusammenzufassen und den Prozess so auszuweiten, dass der Weg für eine stabile Regierung geebnet wird. Ein wiederkehrendes Leitmotiv dieser Vorschläge war die Betonung der Rolle der Vereinten Nationen als der einberufenden Instanz, die die Parteien zusammenbringen soll.

Die Vereinten Nationen versuchen nun schon seit vielen Jahren, bei der Herbeiführung eines nationalen Konsenses behilflich zu sein. Auf der gestrigen Ministertagung der Sechs-plus-Zwei-Gruppe herrschte jedoch Einigkeit darüber, dass Zeit nun der wichtigste Faktor ist und dass es unerlässlich ist, dass die Bemühungen der verschiedenen afghanischen Gruppen dringend in einem einzigen Prozess zusammengefasst werden.

Der Generalsekretär ist daher der Ansicht, dass es anstatt einer Fortsetzung der Pendeldiplomatie von einer Gruppe zur anderen in den verschiedenen Hauptstädten nunmehr wegen der gebotenen Beweglichkeit und Flexibilität bei der Suche nach einer politischen Lösung notwendig ist, dass die Nordallianz und Vertreter der bestehenden Initiativen so bald wie nur irgend möglich mit den Vereinten Nationen zusammentreffen, um einen gemeinsamen Rahmen zu schaffen, der so erweitert wird, dass eine faire Vertretung aller afghanischen Gemeinschaften gegeben ist. Die Minister der Sechs-plus-Zwei-Gruppe haben diesen Vorschlag positiv aufgenommen. Ich hoffe, dass die Mitglieder, die dazu in der Lage sind, auf die Führer der Nordallianz, den römischen und den zyprischen Prozess und die Peshawar-Versammlung einwirken werden, mit uns an einem geeigneten Ort zusammenzutreffen.

Ausgehend von den Ideen, die von den Afghanen selbst im Rahmen dieser verschiedenen Prozesse und anderer Foren diskutiert werden, könnte der schließliche Lösungsansatz die Abfolge der nachstehenden Schritte vorsehen:

1. Die Vereinten Nationen berufen so bald wie möglich an einem noch festzulegenden Ort ein Treffen von Vertretern der Nordallianz und der bestehenden Prozesse ein, dem sich später Vertreter anderer Gruppen anschließen, um eine faire Vertretung der gesamten afghanischen Gesellschaft zu gewährleisten, und bei dem eine Einigung über den Rahmen für den Prozess des politischen Übergangs erzielt werden soll;
2. Auf diesem Treffen werden sodann konkrete Schritte zur Einberufung eines Provisorischen Rates vorgeschlagen, der sich aus einer relativ großen und repräsentativen Gruppe von Afghanen aller ethnischen und regionalen Gemeinschaften zusammensetzt. Vorsitzender des Provisorischen Rates könnte eine Person sein, die als Symbol der nationalen Einheit anerkannt ist und um die sich alle ethnischen, religiösen und regionalen Gruppen sammeln könnten; der Vorsitzende könnte mehrere stellvertretende

Vorsitzende haben, die die täglichen Geschäfte des Rates wahrnehmen. Die Glaubwürdigkeit und Legitimität des Provisorischen Rates würde erhöht werden, wenn besonderes Augenmerk auf die Beteiligung von Einzelpersonen und Gruppen, namentlich Frauen, gelegt wird, die nicht an dem bewaffneten Konflikt beteiligt waren;

3. Dieser Provisorische Rat schlägt die Zusammensetzung einer Übergangsverwaltung und ein Aktionsprogramm für eine nicht länger als zwei Jahre dauernde politische Übergangszeit sowie Sicherheitsvorkehrungen vor;

4. Danach wird eine Notstands-"Loya Jirga" einberufen, die die Übergangsverwaltung, das Aktionsprogramm und die Vorschläge betreffend die Sicherheit billigt und die Übergangsverwaltung zur Ausarbeitung einer Verfassung ermächtigt;

5. Am Ende der Übergangsphase stünde die Einberufung einer zweiten Loya Jirga, die die Verfassung billigt und eine Regierung bildet.

Die Herausforderung in Afghanistan wird sein, für eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung zu sorgen. Diese wiederum ist auf die Festlegung klarer und fairer Spielregeln sowie deren Einhaltung angewiesen. Um ihre Bestandfähigkeit zu garantieren, müssen die Afghanen selbst am Aufbau der für eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung notwendigen Institutionen beteiligt werden. Viele Afghanen konnten im Rahmen einer Tätigkeit für Organe der Vereinten Nationen sowie für internationale und lokale nichtstaatliche Organisationen umfassende Erfahrungen bei der Verwaltung rechenenschaftspflichtiger Organisationen sammeln. Darüber hinaus gibt es erhebliche Kapazitäten bei einer neuen Generation von Afghanen in der Diaspora, insbesondere in Iran und Pakistan. Diese Afghanen können beim Aufbau einer Übergangsverwaltung behilflich sein, die in den Augen der Bevölkerung weitaus glaubwürdiger, akzeptabler und legitimer wäre als eine von den Vereinten Nationen oder einer anderen Konstellation Außenstehender geleitete Übergangsverwaltung. Der plötzliche Ansturm einer großen Zahl internationaler Experten nach Afghanistan könnte die im Entstehen begriffene Übergangsverwaltung überwältigen und den Aufbau einheimischer Kapazitäten behindern.

Sicherheitsoptionen

Herr Präsident,

ohne echte und dauerhafte Sicherheit in Afghanistan wird nichts gelingen können, schon gar nicht die Bildung einer neuen Regierung. Selbst eine zwischen allen afghanischen Parteien ausgehandelte politische Regelung kann für sich allein die Sicherheit nicht garantieren. Die Allgegenwart nichtafghanischer bewaffneter und terroristischer Gruppen, die kein Interesse an einem dauerhaften Frieden haben, wird den Einsatz einer robusten Sicherheitstruppe mit einer entsprechenden Abschreckungskapazität erfordern, die, falls es notwendig ist, Herausforderungen ihrer Autorität unterdrücken kann.

Für eine derartige Truppe gibt es drei Optionen, die in der Reihenfolge ihrer Eignung aufgeführt sind: 1. eine rein afghanische Sicherheitstruppe, 2. eine multinationale Truppe oder 3. eine VN-Friedenssicherungstruppe ("Blauhelme"). Die bevorzugte Option ist eine rein afghanische Truppe, vorausgesetzt, sie kann rasch, robust und glaubwürdig zum

Einsatz gebracht werden und sie genießt die breite Unterstützung des afghanischen Volkes.

Die Arbeiten zur Aufstellung einer rein afghanischen Truppe sollten so bald wie möglich beginnen. Da es jedoch unwahrscheinlich ist, dass eine solche Truppe kurzfristig aufgestellt werden kann, wird die Dislozierung einer internationalen Sicherheitspräsenz ernsthaft geprüft werden müssen. Eine solche Präsenz könnte, sofern sie über angemessen ausgebildete und bewaffnete Einheiten verfügt, die bereit sind, sich und ihr Mandat zu verteidigen, für die Sicherheit in den größeren Städten sorgen und den politischen Raum für die Verhandlungen zur Lösung der vielen anstehenden Probleme erhalten.

Die Aufstellung einer bewaffneten VN-Friedenssicherungstruppe ist nicht zu empfehlen. Der Generalsekretär würde mehrere Monate benötigen, um von den Mitgliedstaaten Soldaten in ausreichender Zahl zu erhalten, damit sie eine glaubhafte militärische Abschreckungswirkung besitzen, und um diese anschließend zu dislozieren. Darüber hinaus haben sich VN-Friedenssicherungskräfte in der Vergangenheit dann am erfolgreichsten erwiesen, wenn sie mit der Umsetzung einer bereits vorhandenen politischen Regelung zwischen willigen Parteien beauftragt waren und nicht, wenn sie als Ersatz für eine solche Regelung dienten. Jede Sicherheitstruppe, die ohne eine glaubwürdige Waffenruhevereinbarung oder politische Regelung aufgestellt wird, gleichviel ob sie aus Afghanen, internationalem Personal oder beiden besteht, könnte sich rasch in der Rolle eines Kombattanten wiederfinden. Dies ist keine Rolle für Blauhelme.

Noch dringender sind derartige Sicherheitsvorkehrungen für Kabul. Die Kontrolle über die Hauptstadt des Landes ist von immenser symbolischer Bedeutung. Im Anschluss an den Zusammenbruch des von der Sowjetunion unterstützten Regimes im Jahr 1992 konnten sich die islamischen Widerstandsgruppen nicht über die Form der politischen Autorität einigen und nahmen einen verheerenden, langwierigen Bürgerkrieg auf, in dem die Stadt zerstört wurde. Viele Afghanen haben ihre Entschlossenheit bekundet, eine weitere Runde derartiger Kämpfe zu vermeiden, und fordern daher, dass Kabul entmilitarisiert wird und von keiner einzelnen Gruppe oder Partei kontrolliert werden darf. Ohne glaubwürdige Sicherheitsvorkehrungen kann jedoch keine politische Regelung umgesetzt werden.

Humanitäre Hilfsmaßnahmen

Herr Präsident,

ganz gleichgültig, welches politische oder sicherheitsbezogene Szenario man zugrundegelegt, müssen wir anerkennen, dass sich eine schwerwiegende humanitäre Krise abzeichnet und dass das Leid der Zivilbevölkerung immense Ausmaße annimmt. Wir haben Sie schon bei früherer Gelegenheit darüber unterrichtet, dass sechs Millionen Menschen gefährdet sind und dass wir Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Kleidung, Trinkwasser, Nichtnahrungsmitteln und Unterkünften für den Winter erwarten, der in vielen Teilen Afghanistans bereits eingesetzt hat.

Die Herausforderung ist klar. Wir müssen in jedem der kommenden Monate mindestens 52.000 Tonnen Nahrungsmittel in das Land schaffen und dort verteilen, die Gesundheitsversorgung für 7,5 Millionen Menschen sowie Quartiere für mehr als eine Million Binnenvertriebene im gesamten Land bereitstellen oder unterstützen und versuchen, den durch Konflikt oder Verfolgung gefährdeten Menschen, namentlich den Flüchtlingen, Hilfe und Schutz zu gewähren. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass alle Parteien das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte achten. Vor diesem Hintergrund führen die Vereinten Nationen eine überaus detaillierte Einsatzkoordinierung durch, um die gefährdetsten Bevölkerungsgruppen zu identifizieren und sich auf sie zu konzentrieren.

Im Oktober konnten wir viele der Zielmarken, die wir uns gesetzt hatten, auf Grund weitreichender Unsicherheit und des Fehlens internationalen Personals nicht erreichen. Wir konnten weniger als die Hälfte der benötigten Nahrungsmittel anliefern und verteilen und mussten immer wieder frustriert zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht in der Lage waren, mit unseren Mitarbeitern Verbindung aufzunehmen. Da unser größtes Problem in der Verteilung der ins Land gelieferten Hilfsgüter an die Bezirke und Gemeinden bestand, haben wir energische Schritte unternommen, um neue Verteilungsmechanismen einzurichten, die es uns gestatten sollten, die humanitäre Krise bis zu einem gewissen Grad zu mildern.

In der ersten Novemberwoche haben die Vereinten Nationen und ihre Partner die Lieferung humanitärer Hilfsgüter nach Afghanistan erheblich verbessert. Das Welternährungsprogramm und seine Partner konnten mehr als 12.000 Tonnen Nahrungsmittel pro Tag verteilen. Es wurden Verträge mit nichtstaatlichen Partnerorganisationen unterzeichnet, die es uns erlauben werden, uns auf die etwa 3,5 Millionen Menschen zu konzentrieren, die mit höchstem Vorrang noch vor dem Winter beliefert werden müssen. Wir konnten außerdem 28 Prozent des Gesamtbedarfs an medizinischen Hilfsgütern in das Land liefern und haben detaillierte Pläne aufgestellt, um schließlich 100 Prozent des Bedarfs in allen Gebieten außer denjenigen decken zu können, die aus Sicherheitsgründen nicht zugänglich sind. In den Lagern für Binnenvertriebene sind die Wintervorbereitungen weitergegangen. Die Ereignisse der letzten Tage in Masar-i Scharif und anderen Teilen Nordafghanistans eröffnen neue Möglichkeiten, es gibt aber auch neue Befürchtungen. Wir hoffen, dass die Pipeline aus Usbekistan bald in Betrieb geht und dass Masar-i Scharif zu einem Knotenpunkt werden kann, von dem aus viele der schwer betroffenen Gebiete in Nord- und Zentralafghanistan erreicht werden können. Für die Gebiete, die auf Grund der Wetterverhältnisse, des unwegsamen Geländes und der herrschenden Unsicherheit unzugänglich bleiben werden – insbesondere Teile von Ghor und Badghis – planen wir derzeit den Lufttransport von Nahrungsmitteln.

Herr Präsident,

trotz einiger Verbesserungen sind die Herausforderungen nach wie vor enorm. Es wird schwierig werden, die Fortschritte mit dem verstärkten Einbruch des Winters aufrechtzuerhalten. Selbst wenn uns dies gelingt, wird es dennoch eine humanitäre Krise in Afghanistan geben. Besonders besorgniserregend ist, dass wir über nahezu keine Informationen über neue Binnenverreibungen verfügen. Wir haben keinen genauen

Überblick über die derzeitige Zahl, die Zufluchtsorte oder die Lebensverhältnisse der Vertriebenen, die die städtischen Zentren oder die Konfliktgebiete insbesondere im Süden und im Osten des Landes verlassen haben. Die Situation am Boden unterliegt raschen Veränderungen, und das Grundproblem des schwierigen Zugangs und der Unsicherheit, das unsere Fähigkeit zur Auslieferung von Hilfsgütern behindert, wird fortbestehen. Darüber hinaus besteht eine Schutzkrise in Afghanistan. Die Menschen sind gezwungen, vor Verfolgung und Konflikt zu fliehen, wissen aber nicht, wo sie hingehen sollen. Die Vereinten Nationen fordern alle Nachbarländer auch weiterhin nachdrücklich auf, ihre Grenzen für die Schutzbedürftigen zu öffnen, und sie fordern außerdem die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, die Lasten dieses Schutzes zu teilen, namentlich die Finanzierung der Hilfe für die Flüchtlinge und die Gewährung von Asyl in Drittländern.

Die Vereinten Nationen werden auch künftig die so dringend benötigte humanitäre Hilfe für gefährdete Gruppen bereitstellen, mit der Minenräumung fortfahren und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte überwachen. Bei diesen Aufgaben werden die Vereinten Nationen Seite an Seite mit anderen Hilfs- und humanitären Organisationen arbeiten. Sie werden außerdem in hohem Maße auf die Hilfe afghanischer Staatsangehöriger zurückgreifen, die in der Lage und willens sind, an der Durchführung dieser Maßnahmen mitzuwirken.

Die humanitären VN-Organisationen für Afghanistan haben umfangreiche Eventualfallpläne für die gesamte Region aufgestellt. Diese Konzepte werden in einem Aktionsplan für die Wiederentsendung internationalen Personals zusammengefasst werden, das nach Erfüllung der Sicherheitsvoraussetzungen seine Tätigkeit wieder aufnehmen und ausweiten kann. Wo immer die Sicherheitsbedingungen es gestatten, werden die Mitarbeiter der Vereinten Nationen so bald wie möglich nach Afghanistan zurückkehren, um ihre Aufgaben im Rahmen des humanitären Hilfseinsatzes wahrzunehmen, ohne abzuwarten, bis im gesamten Land günstige Bedingungen herrschen.

Die Komplexität der Aufgaben und die Vielzahl der an der Reaktion auf die Afghanistan-Krise beteiligten Akteure erfordern ein eng abgestimmtes und integriertes Konzept innerhalb des Systems der Vereinten Nationen. Aus diesem Grund wurde am Amtssitz der Vereinten Nationen ein Integrierter Missionsarbeitsstab für Afghanistan eingerichtet. Dieser arbeitet eng mit dem Sonderbeauftragten zusammen und ist die hauptsächliche Instanz für die Ausarbeitung der internen VN-Politik sowie für die Eventualfallplanung für eine erweiterte Rolle und Präsenz der Vereinten Nationen in Afghanistan.

Schadensbeseitigung und Wiederaufbau

Der Wiederaufbau Afghanistans wird der Schlüsselfaktor für die Herbeiführung von Frieden und Stabilität im Lande sein. Er darf jedoch nicht erst dann einsetzen, wenn eine Regierung im Amt ist, sondern muss Kernstück des politischen Übergangs sein. Die Mitwirkung am Wiederaufbau wird den Afghanen einen Anreiz bieten, vom Krieg zum Frieden überzugehen, und ihnen das Gefühl der Teilhabe an ihrer Gesellschaft vermitteln. Der Wiederaufbau wird die Möglichkeit zur Wiedereingliederung einer großen Zahl der

am Krieg beteiligten Männer eröffnen und wird Chancen für die afghanischen Frauen schaffen, denen Mitsprache und Partizipation in der Gesellschaft verweigert wurden.

Die politischen Führer der Welt haben zum Ausdruck gebracht, dass die internationale Gemeinschaft dieses Mal den Willen und das Durchhaltevermögen haben wird, den Afghanen beim Wiederaufbau ihres Landes zu helfen. Der Wiederaufbau wird sich nicht nur auf die zerstörte materielle Infrastruktur konzentrieren, sondern auch auf den Aufbau der für eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung notwendigen Institutionen, auf die Förderung der Aussöhnung zwischen Einzelpersonen und Gruppen sowie auf die Entwicklung des Humankapitals – Fragen, die während der Jahre des Krieges und der Gewalt so sträflich vernachlässigt wurden.

Die Wiederaufbaumühnungen werden ein erhebliches finanzielles Engagement und technische Hilfe seitens der internationalen Gemeinschaft erfordern. Angesichts des Ausmaßes der Schäden, die die afghanische Gesellschaft erlitten hat, wird der Wiederaufbau von den Afghanen und von denen, die bereit sind, ihnen beim Wiederaufbau ihres Landes behilflich zu sein, Einfallsreichtum, Flexibilität und Koordinierung erfordern. Internationale Erfahrungen haben gezeigt, dass die Koordinierung zwischen den verschiedenen Akteuren des Hilffsystems eine schwierige Aufgabe ist. Der Wiederaufbau Afghanistans wird eine klare Strategie sowie die Unterordnung der Interessen der einzelnen Organisationen oder Geber unter die übergreifenden Ziele des Friedens und der Stabilität erfordern.

Dafür bedarf es eindeutiger Zuständigkeiten und einer klaren Verantwortungsteilung zwischen den Gebern und innerhalb des VN-Systems. Von besonderer Bedeutung wird es sein, ein einheitliches System für die Bereitstellung der Finanzmittel zu schaffen, beispielsweise einen Treuhandfonds, das rasche Auszahlungen erlaubt, für die Geber einfach zu handhaben ist, den von der Übergangsverwaltung festgelegten Prioritäten entspricht und das Mittelauszahlungen von einer entsprechenden Rechenschaftslegung und Transparenz beim Einsatz dieser Mittel abhängig macht. Alle Akteure müssen den Grundsatz akzeptieren, dass die Afghanen die Entscheidungen treffen und selbst die Träger des Prozesses sein müssen, solange sie sich an die Regeln der Transparenz und Rechenschaftslegung halten.

FAZIT

Herr Präsident,

bevor ich meine Erklärung schließe, möchte ich noch Folgendes ansprechen:

- Die Männer und Frauen Afghanistans haben viel durchgemacht und sind oft enttäuscht worden. Sie lehnen eine Einmischung ab, und rufen doch nach Hilfe. Sie erwarten viel von den Vereinten Nationen, und sie sind sich nicht sicher, dass wir diese Erwartungen erfüllen können. Sie verstehen nicht, warum ihr Land angegriffen wird, warum das Wenige an Infrastruktur, das sie haben, zerstört wird und warum Zivilpersonen, darunter auch Kinder, durch fehlgelenkte Bomben getötet werden.

- Die vorgeschlagenen Prozesse sind nicht perfekt. Den vorläufigen Institutionen, deren Schaffung angeregt wird, wird nicht jeder angehören, der dabei sein sollte, während möglicherweise einige dabei sein werden, deren Eignung von vielen Afghanen angezweifelt wird. **BEDENKEN SIE BITTE, DASS DAS, WAS WIR ZU VERWIRKLICHEN HOFFEN, DER SO SCHWER ERREICHBARE FRIEDEN IST**, nach dem sich die Menschen in Afghanistan schon so lange sehnen. Die vorläufigen Institutionen, die jetzt diskutiert werden, einschließlich der auf breiter Grundlage stehenden Übergangsverwaltung, sind der Beginn des Weges und nicht das Ende. Sie werden nicht sehr lange bestehen, und ihre **GRUNDZIELE** liegen genau darin, dem Volk Afghanistans seine Freiheit wiederzugeben, frei sprechen und gleichberechtigt an der Regelung der Angelegenheiten seines Landes mitwirken zu können.
- So wie es nur berechtigt ist, das Volk Afghanistans zu Geduld und Toleranz aufzurufen, so bin ich sicher, Herr Präsident, dass Sie mir zustimmen werden, wenn ich sage, dass das Volk Afghanistans das Recht hat, von der internationalen Gemeinschaft viel zu erwarten. Der Sicherheitsrat, die Generalversammlung, die Mitgliedstaaten, andere internationale Institutionen, die nichtstaatlichen Organisationen und die gesamte Öffentlichkeit müssen ebenso die Geduld und die Entschlossenheit an den Tag legen, die erforderlich sind, um diesen Prozess zu einem endgültigen Abschluss zu führen. Das Volk Afghanistans hat mehr als 23 Jahre lang Krieg und Elend erduldet, und der Konflikt hat auch auf die Nachbarländer übergegriffen. Er hat ihre innere Stabilität bedroht und ihre ohnehin nur begrenzten Mittel einer schweren Belastungsprobe unterzogen. Ich appelliere an alle, dem Volk Afghanistans zu zeigen, dass wir es dieses Mal nicht im Stich lassen werden und dass wir echte Solidarität und wahrhafte Großzügigkeit walten lassen werden. Vielen Dank.